

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen und Fraktionsgemeinschaften CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD/Linke, Freie Wähler, Netzwerk für Friedrichshafen, FDP und ÖDP/Parteilos.

„Führerschein gegen ÖPNV“

Die Verwaltung wird gebeten in Zusammenarbeit mit dem Bodenseekreis und der Stadtverkehr Friedrichshafen GmbH eine Regelung zu erarbeiten, die es in Friedrichshafen gemeldeten Bürgerinnen und Bürgern ab dem 65. Lebensjahr ermöglicht, bei endgültiger und unwiderruflicher Rückgabe des PKW-Führerscheins, ihre Fahrerlaubnis gegen eine persönliche Netzkarte (AboMobil 63) mit Gültigkeit für das gesamte bodo-Verbundgebiet einzutauschen. Mit der Abgabe des Führerscheins soll die Fahrerlaubnis entsprechend erlöschen. Bei der Abgabe soll eine entsprechende Erklärung zum dauerhaften Verzicht unterzeichnet werden.

Im DH 2020/2021 sind hierfür insgesamt 57.000 Euro einzustellen. Das Angebot „Führerschein gegen ÖPNV“ soll bis zum Verbrauch der eingestellten Mittel, längstens jedoch zunächst bis zum 31.12.2021 gültig sein. Nach Ablauf soll das Angebot ausgewertet und über eine Fortführung bzw. Modifizierung entschieden werden.

Begründung:

Wer auf Führerschein und Auto verzichtet, der leistet einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Entlastung des Straßenverkehrs. Wer seinen Führerschein abgibt, soll aber dennoch mobil bleiben können. Wir wollen daher den freiwilligen Verzicht auf die Fahrerlaubnis mit einem ÖPNV-Jahresticket (bodo) belohnen. Außerdem können neue Nutzergruppen für den ÖPNV gewonnen werden.

Friedrichshafen, 13.02.2020

Für die Fraktionen und Fraktionsgemeinschaften:

gez. Dr. Achim Brotzer	gez. Anna Hochmuth	gez. Dr. Wolfgang Sigg
CDU	Bündnis 90/Die Grünen	SPD/Linke

gez. Dr. Dagmar Hoehne	gez. Jürgen Holeksa	gez. Gaby Lamparsky
Freie Wähler	Netzwerk für Friedrichshafen	FDP

gez. Sylvia Hiß-Petrowitz
ÖDP/Parteilos